

INTEGRATIONSBUREAU
des EPD und EVD

Bern, den 27. Januar 1978

776.203 - B/rs

Besuch Haferkamp: Aussprache im EPD
vom 26.1.77, 16.00-17.00

- Anwesend:
- Bundesrat Graber, Generalsekretär Weitnauer, Botschafter Caillat und Hegner, Minister Blankart
 - Vizepräsident Haferkamp, Kabinettschef Froschmaier, Pressechef André, Herr Slingerland (GD I)

Bundesrat Graber eröffnet die Sitzung mit einer Darstellung der Schweiz im europäischen Gefüge. Gründe für die Nicht-Mitgliedschaft bei der EG, Methoden der gegenseitigen Annäherung, Würdigung des FHA, das es zu vertiefen und abzusichern gilt. Darüber hinaus beginnen beide Partner, die Zusammenarbeit auf Gebiete auszudehnen, die vom Abkommen nicht gedeckt sind. Das Wichtigste aber ist, dass die Freihandelspartner den derzeitigen protektionistischen Tendenzen widerstehen, was bisher erstaunlich gut gelungen ist.

Die Zukunft Europas wird weitgehend von der Zukunft der Gemeinschaft abhängen. In dieser Hinsicht kommt der zweiten Erweiterung eine Schlüsselstellung zu. Wir verfolgen diesen Prozess mit grosser Sympathie, hat er doch für die Konsolidierung der demokratischen Strukturen unseres Kontinents wesentliche Bedeutung. Umgekehrt sehen wir die beträchtlichen wirtschaftlichen Probleme, die mit der Erweiterung verbunden sind.

Vizepräsident Haferkamp bemerkt mit Befriedigung, dass die Zusammenarbeitsmechanismen zwischen der Schweiz und der EG nicht nur bilateral, sondern auch in internationalen Organisationen und Verhandlungen bestens funktionieren (GATT, Nord/Süd-Dialog, BIZ). Im Zentrum stehen aber die Freihandelsbeziehungen, die mit dem 1.7.77 ein Stadium von hervorragender Wichtigkeit erreicht haben, sowie der weitere Ausbau der gegenseitigen Zusammenarbeit auf Gebieten, die vom Abkommen nicht gedeckt werden. Was die Beitrittsbegehren der drei Mittelmeerstaaten betrifft, so können diese vernünftigerweise nicht zurückgewiesen werden, denn die Notwendigkeit ihrer demokratischen Konsolidierung ist vorrangig. Doch wird die Erweiterung die Gemeinschaft auf zwei Bereichen vor schwer zu lösende Grundsatzfragen stellen: Landwirtschaft (s. Bericht über Sitzung bei Bundesrat Brugger) und Institutionen. Was das letztgenannte Problem betrifft, so hat die Gemeinschaft die für die Sechs konzipierten Mechanismen noch auf eine Neuner-EG hinübermogeln können. Mit der zweiten Erweiterung wird indessen die Stunde der Wahrheit anbrechen; denn eine Gemeinschaft dieses Umfangs kann es sich nicht mehr leisten, beschlussunfähig zu sein, ansonst die meistinteressierten Staaten ausbrechen. Demgegenüber sind die Probleme der wirtschaftlichen Disparitäten verhältnismässig einfach. Es ist dies letztlich "nur" eine Frage des Geldes. Die BRD hat im nächsten Budget einen Betrag von 500 mio DM vorgesehen, der via EG an die drei künftigen Mitgliedstaaten fliessen soll. Die gesamte Gemeinschaft sollte in der Lage sein, 1 mia DM pro Jahr aufzubringen. Eine solche Hilfsaktion ist zugleich eine "opération de relance économique générale", die letztlich auch den Geberländern zugute kommt. Doch ist es wesentlich, den betroffenen Staaten zu zeigen, dass die Drittstaaten proaktiv auf die internen demokratischen Umwälzungen reagieren.

Dazu kommt, dass die Gemeinschaft auch erhofft, über den Beitritt Griechenlands einen mässigenden Einfluss auf die griechisch-türkischen Beziehungen sowie auf die Lage in Zypern auszuüben, dies verbunden mit einer Fortsetzung der Hilfe, die an diese beiden ² ^{0/} ~~assizi~~ierten Staaten gewährt wird. Gewissermassen als Verbindungselement soll zudem das Verhältnis zu Jugoslawien ausgebaut werden, dies durch einen neuen Wirtschafts- und Handelsvertrag sui generis (Investitionen, joint-ventures, Transportpolitik, finanzielle Zusammenarbeit, Handelsförderung).

Bundesrat Graber kommt auf die hängigen bilateralen Probleme (Stahl) und Verhandlungen (zweite Generation) zu sprechen und gibt seiner Befriedigung darüber Ausdruck, dass die Konsultations- und Verhandlungsmechanismen gut funktionieren.

Vizepräsident Haferkamp bestätigt dies, festhaltend, dass er in der Regel für ein pragmatisches Vorgehen plädiere. Es gelte, sich frühzeitig gegenseitig zu informieren. Kritik sei nicht unerwünscht. Zudem habe die Schweiz Erfahrungen mit Kontakten, über welche die Gemeinschaft nicht verfüge (Oststaaten).

Bundesrat Graber erkundigt sich alsdann nach dem Stand der Direktwahl des Europäischen Parlaments.

Vizepräsident Haferkamp stellt fest, dass die Direktwahl die Gemeinschaft in den politischen Alltag rückt. So wie es nicht mehr sinnvoll ist, die Angelegenheiten der EPZ und der EG zu trennen, so sei es auch nicht mehr möglich, die Gemeinschaftsentscheide ausserhalb der Parteipolitik zu halten. Im Hinblick auf die Direktwahl haben sich die nationalen Parteien auf EG-Stufe zusammengeschlossen, wobei sich deren Präsidenten regelmässig treffen. Dies ist ein erfreuliches Novum. Die einzelnen "Euro"-Parteien sind z.Z. damit beschäftigt, je ihre EG-Programme zu definieren.

Das Datum der Direktwahl ist noch ungewiss, dies wegen der Lage in Grossbritannien. Der Europäische Rat wird die Frage im April besprechen. Manche haben sich gefragt, ob es einen Sinn hat, ein Parlament ohne Kompetenzen direkt zu wählen. Hierauf ist affirmativ zu antworten, denn wenn Persönlichkeiten wie Brandt, Heath, Agnelli ins EP einziehen und dort eine Resolution einbringen, so hat dies ein Gewicht, das nicht übergangen werden kann. Die Direktwahl gibt der Gemeinschaft eine völlig neue Dimension

Bundesrat Graber geht seinerseits auf seine im Europarat gewonnenen Erfahrungen ein, vor allem auf die Aufwertung, die das Ministerkomitee in den letzten Jahren erlangt hat. Auf Betreiben, vornehmlich der kleineren Staaten ist der politische Meinungs austausch intensiviert worden, was wir als äusserst nützlich betrachten. Das

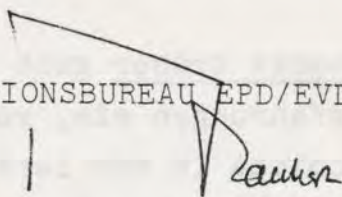
Komitee ist aus seiner Routine herausgetreten, um auf Grund der gewonnenen Informationen eine "modeste coopération politique européenne", z.B. in Bezug auf die KSZE, in die Wege zu leiten. Wir legen hierauf grossen Wert. Im übrigen scheinen die 20 mehr und mehr ihre Interessensolidarität zu erkennen.

Vizepräsident Haferkamp nimmt hiervon Kenntnis, festhaltend, dass der Begriff der politischen Zusammenarbeit entmystifiziert werden müsse; es gehe nicht um institutionelle Fragen, sondern um gegenseitige Information.

Generalsekretär Weitnauer stellt die Frage nach dem Stellenwert des euro-arabischen Dialoges. Sind erste Ergebnisse feststellbar?

Vizepräsident Haferkamp bemerkt, die Substanz sei nicht sehr umfassend; denn einerseits gehe es darum, die politischen Probleme zu vermeiden, ohne den Rest in Frage zu stellen. Der Rest ist aber nicht gewichtig, insofern die wirtschaftlichen Probleme in bilateralen Verträgen mit den meisten der betroffenen Staaten geregelt würden. Die Araber sind hiervon eher enttäuscht, da sie gewöhnt haben, mit diesem Dialog eine Plattform zur Verteidigung ihrer politischen Interessen aufbauen zu können. Haferkamp bestätigt eine Aussage Bundesrat Grabers, wonach hier gewissermassen eine Chance verpasst werde, da diese meist jungen Staaten in ihrer Blockfreiheit in Europa einen unverdächtigen Partner sehen, Partner, der aber wegen des Nahostproblems nicht in Funktion zu treten vermag. Zur Zeit kann man nur das Klima pflegen. Die Stunde der Europäer wird erst nach Regelung des genannten Problems kommen, dann allerdings als kolossale Aufgabe, die darin besteht, die Mittelmeerregion zu einer Basis der Prosperität auszubauen.

INTEGRATIONSBUREAU EPD/EVD



(Franz Blankart)